

nicht ausgelegt werden, weil es an Platz fehlt. Mit den Kupferstichen allein könnte man eine ganze Reihe von Sälen füllen. In der Porträtsammlung liegt der Hauptwerth des Körner-Museums. Ein Kapital für sich bildet der Theil derselben, der sich auf das Verhältnis Schillers zur Familie Körner bezieht — die Zahl der gleichzeitigen Bildnisse von Schiller beläuft sich auf 200. — Das Hauptkapitel des Museums aber umfasst die Zeit der Fremdherrschaft und des Befreiungskrieges. In 65 Originalbildnissen, worunter wahre Kunstreiche sind, steht die Königin Louise vor uns, in allen Stadien ihres prüfungstreuen Lebens; mit lieblicher Pietät ist Alles gesammelt, was auf Leben, Schaffen und Ende Körners als Sänger und Held des Befreiungskrieges Bezug hat. In einer Fülle gleichzeitiger Porträts und charakteristischer Autographen sind die Monarchen der großen Allianz mit ihren Generälen und Staatsmännern vertreten. Die poetische und prosaische Literatur, die von der Fremdherrschaft, vom Erwachen des nationalen Geistes, vom Ausbruch und Verlauf des Befreiungskrieges erzählt, ist mit einer Vollständigkeit zusammengetragen, die selbst dem Spezialforscher überausdende Ausblicke gewährt. In Folge der kostspieligen räumlichen Erweiterungen, die notwendig geworden waren, ist nun das Körner-Museum in die Lage gebracht, daß es, wenn wir nicht helfen, geschlossen und im Einzelnen verkauf werden muss: ein Schicksal, dem der Eigentümmer getrost entgegensehen könnte, wenn es ihm nur darauf ankäme, das Geld wieder herauszuschlagen, das er im Laufe von 13 Jahren zinslos in der Sammlung angelegt hat. Aber er ist nun einmal mit Herz und Seele bei dem Zusammensein der Sammlung beteiligt und wir, scheint mir, sind es erst recht. Ich weiß sehr wohl, das Beste würde sein, das Reich kaufte die Sammlung als Ganzes an und benutzte sie als Grundstock zur Anlage eines Nationalmuseums, das dem neuen Deutschland ebenso gewidmet würde wie das germanische Museum zu Nürnberg dem mittelalterlichen gewidmet ist. Früher oder später werden wir auch an ein solches National-Museum des neuen Reiches denken müssen, aber wir werden wenig hineinzustellen haben, wenn wir die wertvollen Vorarbeiten dazu, wie diese eine ist, untergehen lassen. Kein Mensch weiß, wann etwas der Art in Angriff genommen werden wird, nur das Eine weiß ich, daß das Körner-Museum nicht warten kann, bis dieser Traum sich erfüllt, daß es nicht einmal so lange warten kann, bis der nächste sächsische Landtag die kleine Gelbschiff erhält, die ihm auf Antrag des Ministeriums bewilligt ist, während ihm vor Ablauf der Budgetperiode von sächsischer Seite überhaupt nichts gewährt werden kann; andererseits weiß ich mit voller Sicherheit, daß die 6000 M. jährlich vollkommen reichen, um es in seinem gegenwärtigen Bestande zu erhalten, bis sich seine Zukunft endgültig entschieden. Alle großen öffentlichen Museen sind aus Privatsammlungen entweder geradezu hervorgegangen oder durch deren Erwerb zu dem geworden, was sie heute sind. Ich brauche nur an die Namen Boissiere, Aufsatz und Wagner zu erinnern. Der Staat, der Privatsammlungen von solchem Werthe untergehen läßt, wird niemals wertvolle öffentliche Sammlungen in seinem Besitz haben. Im Uebrigen leistet diese Privatsammlung alle Dienste einer öffentlichen. Sie ist gegen sehr geringes Entrittsgeld Federmann, der gesammten Schuljugend aber unentgeltlich geöffnet. Und an dem Gebräuch, den die Jugend von diesem Nutzen macht, muß jeder Patriot seine herzliche Freude haben. Der Direktor des Körner-Museums ist auch der geistige Urheber der prächtigen Körnerstatue, die, ein Meisterwerk Hänels, den Platz vor der Kreuzschule zierte. Schämen Sie es doch nicht gering, daß der sächsische Freiwillige von 1813, der Sänger von „Leyer und Schwert“ mit den Idealen der sächsischen Jugend so zusammen verläuft. Noch ist der Reichstag nicht vergebens angerufen worden, wenn es sich um gemeinsame und nationale Zwecke handelte. Machen Sie nicht den Anfang der Verweigerung bei diesem Anlaß! — Abg. v. Wendt beantragte den Antrag an die Budgetcommission zu verweisen. Das Haus tritt diesem Vorschlage bei.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Abg. Schulze-Delitzsch und Genossen betreffend die Gewährung von Diäten an die Reichstags-Abg. abgeordneten. — Abg. Schulze enthält sich jeder weiteren Motivierung seines schon so oft eingebrachten Antrages; er bittet das Haus durch die Abstimmung seinen ersten wiederholte ausgesprochenen Willen von Neuem zu bezeugen, daß es Diäten wolle. (Beifall.) Abg. Lucius (Erfurt) empfiehlt mit Rücksicht darauf, daß der Antrag schon drei Mal in derselben Legislaturperiode eingebracht worden und stets erfolglos geblieben sei, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Windhorst erläutert sich gegen den Übergang zur Tagesordnung, da derselbe tatsächlich ein Aufgeben des dreimal gefassten Beschlusses bedeuten würde. — Der Übergang zur Tagesordnung wird hierauf abgelehnt. — Abg. Most. Dieser Antrag fehlt nachgerade so oft wieder, daß die Sache anfängt, langweilig zu werden (Heiterkeit), nämlich deshalb, weil die Antragsteller und die Besitzer sich eine derartige Behandlung ihrer Beschlüsse wie sie der Bundesrat ihnen bisher hat ausdeihen lassen, ganz rubig gefallen lassen. Die von der Regierung den Parlamentsbeschlüssen zum Trost aufrecht gehaltene Diätenlosigkeit wendet sich zunächst gegen die Armen, das ist ja klar; indeß haben die Proletarier, die Sozialdemokraten bewiesen, daß sie sich durch die Diätenlosigkeit nicht beirren lassen, sie haben Abgeordnete in das Parlament gesetzt und sie werden in den nächsten Reichstag eine größere Zahl von Abgeordneten herenden. Der Bundesrat hat auf das wiederholte Drängen für gut befunden, einige Abschlagszahlungen den Volksvertretern anzubieten, er hat die Eisenbahnfreikarten bewilligt; nun Sie werden es vielleicht als eine nächste Abschlagszahlung noch erleben, daß der Bundesrat eine Parlamentarier-Kaserne bauen läßt (Heiterkeit); bei der Vorliebe für Kasernen im neuen deutschen Reiche eine recht passende Maßregel. Die Sozialdemokraten werden diesmal gegen diesen Antrag auf Diäten stimmen, weil sie wissen, daß der Bundesrat den Antrag doch wieder in den Papierkorb werfen wird. Das aber lassen wir Sozialdemokraten uns nicht gefallen. (Heiterkeit!) Wir wollen einmal sehen und abwarten, ob sich der nächste Reichstag vom Bundesrat und dem Reichskanzler auch so wird behandeln lassen, wie es dieser Reichstag gethan hat. (Große Urrufe.) — Präsident v. Förde kehrt rück den Redner wegen dieser Neuerung zur Ordnung. — Abg. Most: Wir denken, es wird doch einmal ein Reichstag kommen, der sagt: wenn der Bundesrat unsere Beschlüsse nicht akzeptiert, so weisen wir seine Vorlagen zurück und bewilligen ihm keinen Heller für seine Ausgaben. Wir können warten; und seien Sie überzeugt, es wird einmal ein gegebender Körper hier tagen, der jene Leute, die im öffentlichen Parlament vor dem ganzen Lande, und ohne daß ein Abgeordneter es auch nur wagt zu widersprechen, sich das Recht von Volksrechten verbitten, zu befeitigen im Stande sein wird. — Damit schließt die erste Beratung. In zweiter Beratung wird der Antrag Schulze-Delitzsch mit großer Mehrheit angenommen; gegen denselben stimmen die Conservativen, die deutsche Reichspartei und von den liberalen Parteien die Abg. Grumbrecht, Gneist, von Bemmigen, Kapp, Struckmann (Diepholz), Siemens, Wallich u. a. — Nächste Sitzung Dienstag.

Danzig, 12. Dezember.

Der Reichstag ist gestern noch nicht bis zu der von den „Ausgleichsabgaben“ han-

delnden Vorlage gelangt. Dieselbe wird erst heute zur Beratung gelangen. Gestern berieb darüber die national-liberale Fraktion. Die „N.-L. C.“, das Organ dieser Fraktion, berichtet über die betreffende Verhandlung: „Für den Gesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Form trat Niemand ein; vielmehr schien die allgemeine Ansicht dahin zu gehen, daß eine unbestimmte Vollmacht, wie sie die Regierung fordert, nach constitutionellen Grundsätzen nicht ertheilt werden könne. Dagegen wurde der Grundgedanke der Vorlage, die Absicht nämlich, den Dawiderhandlungen anderer Staaten gegen den Geist der Handelsverträge durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten, für berechtigt erklärt; nur war man der Meinung, daß solche Maßnahmen nicht allein, wie die Vorlage will, gegenüber den für Eisen und Zucker thatsächlich gewährten Ausfuhr-prämien, sondern gegenüber allen derartigen Missbräuchen zu ergreifen seien würden. Wie dies praktisch auszuführen sei, dazu bedürfe es einer gründlichen Untersuchung. Deshalb wurde in der Fraktion mit großer Mehrheit der Antrag angenommen, den Gesetzentwurf einer besonderen Commission zu überweisen. Die Ausführungen der einzelnen Redner thaten zur Genüge dar, und es wird sich dies auch in der Plenardebatte des Reichstags herausstellen, daß die ganze Frage noch nicht reif ist. Da übrigens der neue Reichstag spätestens Mitte Februar zusammentreten wird, so erwähnt auf alle Fälle für Niemanden ein Nachteil daraus, wenn die Vorlage jetzt durch Ueberweisung an eine Commission für die gegenwärtige Session that-sächlich von der Tagesordnung abgezogen wird. Bis zum Februar können sich die Ansichten klären, und man wird alsdann auch bereits einige Erfahrungen über die Wirkungen der Aufhebung der Eisenzölle gesammelt haben.“

Der Absicht der Nationalliberalen, die Vorlage an eine besondere Commission zu verweisen und sie damit für diese Legislaturperiode zu befreien, dürfte noch die Fortschrittspartei zustimmen, wie auch viele Conservative. Die conservative Fraktion hat nämlich gestern auch den Entwurf beraten, und es wird uns darüber berichtet: „Ein Theil der Fraktion erklärte sich vom prinzipiellen Freihandelsstandpunkt aus unbedingt gegen das Gesetz, während einige andere Mitglieder der Fraktion geneigt schienen, dasselbe als Uebergangsmäßregel zu acceptiren.“

Die Ultramontanen sehen es aber nicht gern, daß eine wichtige wirtschaftliche Frage, über welche die ihnen gegenüberstehenden Factoren sich vielleicht entzweien können, vertagt werde. Auf viele rheinische Mitglieder des Centrums influirt auch die schützöllerische Strömung. Das Centrum hat daher gestern den Antrag auf Erlaß eines Gesetzentwurfes von folgendem Wortlaut eingebracht:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 V. des Gesetzes vom 7. Juli 1873, die Änderung des Vereinszolltarifes betreffend, wird dabin geändert, daß die Befreiung der im § 1 sub III. No. 3 bis incl. 8 des gesuchten Gesetzes aufgeführten Gegenstände — mit Ausnahme jedoch der landwirtschaftlichen Maschinen, Geräthe, Theile derselben und Locomotiven — vom Eingangsoll erst mit dem 1. Januar 1879 in Wirklichkeit tritt.

§ 2. Welche Maschinen, Geräthe und Theile derselben zu den landwirtschaftlichen gehören, wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.“

An der Spitze der Unterzeichner des Antrages steht der Name des Geschäftsfreundes des Herrn Gehls, die Perle von Meppen. Man ersieht aus dem Wortlaut des Antrages, wie schlau auch die Ultramontanen die Freihändler zu spalten suchen, indem sie die Landwirthschaft von ihnen auszuscheiden suchen. Die Landwirthschaft aber schon früher derartige Zumutungen zurückgewiesen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die politischen Freunde der Antragsteller in unserer Provinz sachlich nicht mit dem Antrage einverstanden sein können.

In Bezug auf die Justizgesetze wird die Stimmung in Reichstagskreisen nach Allem, was aus den besten Quellen über die Stellung namentlich der maßgebenden preußischen Regierung verlautet, eine sehr trübe und Befürchtig erregende.

Nicht nur unser der Fortschrittspartei angehörender Correspondent, sondern auch die sehr vorsichtige „Nat.-Lib.-Corr.“ gibt heute in einem Artikel „Ein offenes Wort in letzter Stunde“ dem Zweifel darin Ausdruck, daß die Regierungen und namentlich der Reichskanzler den redlichen und entschlossenen Willen haben, die Justizgesetze durchzuführen. Sie schreibt u. A.! „Die Gegenseite können nur überwunden werden, namentlich gegenüber den immer noch sehr mächtigen particularistischen Strömungen, durch ein festes Zusammenwirken des Reichstags und des Reichskanzlers als der eigentlichen Vertreter der deutschen Einheitsentwicklung. Müßte der Reichstag in dieser Frage auf die entschiedene Mithilfe des berufenen Führers in der deutschen Politik verzichten, so wäre dies zwar sehr zu bedauern; die Pflicht des Reichstags aber, die Interessen der gesamten Nation zu wahren, würde dadurch nur um so dringender. Insbesondere würde es Sache der national-liberalen Partei sein, in einer solchen Krisis, der ihr gestellten Hauptaufgabe getreu, mit aller Entschiedenheit und ohne Rücksicht auf Personen die unabsehbaren Forderungen der nationalen Entwicklung hochzuhalten. Das Scheitern der Justizgesetze bedeutet nicht einen kurzen Aufschub des Reformwerks, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach eine Verzögung auf unbestimmte Zeit, ein Stocken des verfassungsmäßigen Ausbaues des deutschen Reiches, eine veränderte Stellung der politischen Parteien, ja selbst der Regierungen zur deutschen Frage. Schon jetzt sind es die Mittelposten, welche äußerlich die Führung der deutschen Entwicklung in der Hand haben, und ist es Preußen, welches hindert und hemmt. Wir brauchen nicht weiter auszuführen, wie gefährlich namentlich in der gegenwärtigen Zeit bei allen den schon vorhandenen Gegensätzen eine solche Situation ist, in welcher Lage namentlich die Leiter des preußischen Staates gegenüber den sie bisher unterstützenden Parteien gerathen, wenn die Überzeugung sich festsetzen und durch Thatsachen bewahrheiten sollte, daß sie das Haupthinderniß gegen das ruhige Fortschreiten der Entwicklung unentbehrlicher nationaler Institutionen seien. Wir möchten namentlich denjenigen Ministern, welche sich

bisher hauptsächlich der Unterstützung der nationalen Parteien erfreuten, wünschen, daß sie Kenntniß nehmen wollten, von der jetzt schon vorhandenen tiefen Verstimmung derselben, und sie bitten, die sich hieran knüpfenden Fragen nicht allzu leicht zu nehmen. Es liegt uns fern, Unzufriedenheit hervorrufen zu wollen; wir sagen dies Alles nur, um eine dauernde Mithilfestimmung und das Zerreissen von Banden, welche im Interesse des Vaterlandes unbedingt nothwendig sind, zu verhüten. Wenn das deutsche Reich in dem noch fortwährenden schweren Ringen um Befestigung und innern Ausbau der Unterstützung seiner hervorragendsten Factoren und namentlich des preußischen Staates entbehren muß, wenn kleinliche particularistische und technische Bedenken stärker werden, als die Begeisterung für die große Sache, dann wird mehr gefährdet, als die einzelne Reform. Wir werden keinen Schiffbruch leiden, aber wir werden auf ein stürmisches Meer gerathen und nicht wissen, wo wir landen. Mögen doch die Regierungen nicht glauben, daß, wenn der unterschweren Anstrengungen von Bundesrat und Volksvertretung bis zur Spitze des Berges hinaufwärts gewaltige Fels der deutschen Rechtseinheit wieder hinunterstürzt, seine Fortbewegung in den nächsten Sessionen leichter sein würde. Mögen die Regierungen bedenken, daß eine maßvollere und der Sache selbst günstigere Mehrheit des Reichstags in den nächsten Jahren schwerlich zu erwarten ist, und daß, wenn man nicht überhaupt auf die Rechtseinheit verzichten will, die Justizgesetze für die Regierungen sybillinische Bücher werden würden.“

In ähnlicher Weise spricht sich das ältere national-liberale Parteiorgan, die „B. A. C.“ aus: „Die innere Entwicklung Deutschlands steht vor einer Krise, wie seit der Begründung des norddeutschen Bundes noch keine vorhanden war.“

Zum ersten Male sind große grundlegende Gesetze in der Gefahr zu scheitern und die Folgen, welche ein solches Ereignis für die spätere Entwicklung haben würde die Veränderungen, die es in der Stellung der Parteien unter einander und zur Regierung bewirken müßte, lassen sich im Augenblick noch nicht übersehen.“

Wenn die ausgesprochenen Organe der maßgebenden Partei eine solche Sprache führen, so muß in Reichstagskreisen die Lage sehr ernst aufgefaßt werden. Uns ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, als ob man dieselbe doch vielleicht zu tragisch nimmt. Wir glauben, daß für keinen der maßgebenden Factoren das Zustandekommen der Justizgesetze im Augenblick ein so dringendes Bedürfnis ist, als gerade für die preußische Regierung; wir können daher nicht recht daran glauben, daß sie gerade die Sache zu Hause bringen sollte; wohl aber kennen wir ihr altes Spiel, durch Drohen und Drücken in letzter Stunde von der parlamentarischen Majorität so viel Concessions herauszuquetschen, als nur immer möglich.

Nach einer der uns zur Information zugegangenen Quellen erklärt die preußische Regierung unbedingt an folgenden 5 Punkten festhalten zu müssen: 1) Die Verweisung der Preßsachen vor die Geschworenen-Gerichte, 2) der Zeugnisszwang der Redacteure, 3) die Zuständigkeit des Gerichts, vor welchem wegen eines Preherzeugnisses die Anklage zu erheben ist, 4) das Competenzgerichtsverfahren und 5) die Verfolgbarkeit der Beamten. Der preußischen Regierung sind beigetreten sämtliche Kleinstaaten, ausgenommen Bayern, Württemberg und theilweise auch Sachsen. Die Nationalliberalen wollen nach derselben Quelle mindestens an der Beseitigung des Zeugnisszwanges der Redacteure und an dem Prinzip der Verfolgbarkeit der Beamten. Der preußischen Regierung sind beigetreten sämtliche Kleinstaaten, ausgenommen Bayern, Württemberg und theilweise auch Sachsen. Die Nationalliberalen wollen nach derselben Quelle mindestens an der Beseitigung des Zeugnisszwanges der Redacteure und an dem Prinzip der Verfolgbarkeit der Beamten. Der preußischen Regierung sind beigetreten sämtliche Kleinstaaten, ausgenommen Bayern, Württemberg und theilweise auch Sachsen. Die Nationalliberalen wollen nach derselben Quelle mindestens an der Beseitigung des Zeugnisszwanges der Redacteure und an dem Prinzip der Verfolgbarkeit der Beamten.

Simultanschule ist in Janowitz, Kreis Wongrowitz, bereits seit 3 Jahren von den staatlichen Behörden angeregt, aber bisher wegen des Widerstands der Katholiken verschoben worden. Neuerdings ist der Gedanke wieder in Fluß gekommen und die Simultanschule gegen die Katholiken und einige Protestanten, wie der „Kuryer Poznanski“ berichtet, unter Einwilligung der Juden ins Leben gerufen worden. Die Katholiken haben eine Beschwerde an den Kultusminister eingereicht.

Frankreich.

Paris, 9. Dezbr. Während der Rede des Deputirten Menier über das Budget ereignete sich ein sehr anstrenger Zwischenfall, zu dem Paul de Cassagnac wieder Anlaß gegeben hatte. Derselbe unterbrach den Redner in seiner ungezogenen Weise und rief ihm schließlich zu, daß ein einfacher „Chocolatier“ gar nichts von finanziellen Dingen verstehe. „Ja, Herr Cassagnac“, entgegnete Menier, dessen Geduld zu Ende war, „ja, ich bin „Chocolatier“ und ich mache mir eine Ehre daraus; ich war sogar der Lieferant Ihres Vaters, und ich erlaube Ihnen, mir die Schuld zu bezahlen, in der er bei mir noch geblieben ist.“ Paul de Cassagnac rief Menier zu: „Sie sind ein grober Kerl!“ Furchtbare Lärm. Der Präsident ruft Paul de Cassagnac zur Ordnung. Letzterer will nun sprechen, aber der Kammer läßt ihn nicht zu Wort kommen, worauf er zum Präsidenten hineilt. Der tumult wird immer größer, als plötzlich ein eifriger Bonapartist im zweiten Rang in den Ruf ausschreit: „Es lebe Frankreich! Es lebe Napoleon IV!“ Der Präsident befiehlt die Räumung der Loge, die Huissiers nehmen den Mann fest und führen ihn nach dem für die Journalisten bestimmten Saal, wo ihn einer der Huissiers verhört. Die Kammer ließ sich durch diesen Zwischenfall sehr aufregen und schenkte den weiteren Verhandlungen sehr geringe Aufmerksamkeit. — Morgen findet in Paris eine Wahl für das israelitische Central-Consistorium für Frankreich zur Ersetzung des verstorbenen Rethes am Cassationshof, Anspach, statt. Die Candidaten sind der Oberst Salvador und ein Elsäßer, Namens Dreyfus. Derselbe optierte nach dem Kriege für Frankreich und verkaufte seine Hammerwerke und sonstiges Besthium für die Summe von zehn Millionen. Oppert (ein geborener Straßburger und Professor an dem Collège de France) war ebenfalls als Candidat aufgestellt worden, lehnte aber ab. Zu gleicher Zeit finden drei Wahlen für das Pariser israelitische Consistorium statt. Eines der austretenden Mitglieder ist Dernburg, Mitglied des Instituts und Bruder des gleichnamigen Mitglieds des deutschen Reichstages: er wird schwerlich wieder gewählt werden. Der Banquier Rothschild, einer der Nachkommen der Rothschilds von Frankfurt, bekämpft ihn nämlich, „weil er nicht an die Unsterblichkeit der Seele glaube.“

Italien.

Rom, 9. Dezbr. Der Justizminister hat an die Ober-Intendanten der Archive ein Rundschreiben geschickt, in welchem er sie einlud, die wichtigsten und minder bekannten, auf die Controversen zwischen Staat und Kirche bezüglichen Documente auszusuchen. Der Minister beabsichtigt eine reiche und geordnete Collection zu dem edlen und patriotischen Zwecke zu veranstalten, um der Verehrung der Nachwelt jene Männer zu überliefern, welche in den Zeiten des Überglaubens und der Unwissenheit sich tapfer der maklosen Usurpation der geistlichen Gewalt zu widersezen wußten, sowie auch andererseits die Namen jener Geistlichen, welche es verstanden, sich fern von Nepotismus und weltlichen ehrgeizigen Bestrebungen zu erhalten. Diese Collection wird des Weiteren auch praktische Wichtigkeit besitzen, weil die gelehrten Discussionen, welche über jene Controversen angeregt und von wackeren Rechtsgelehrten unterhalten wurden, in den Materien, in welchen auch heute noch die zwei Gewalten sich

Deutschland.

Berlin, 11. Dezbr. Um das Schicksal der Justizgesetze dreht sich in diesem Augenblick das Hauptinteresse der parlamentarischen Kreise. Die Session naht sich ihrem Ende, die Mitglieder des Reichstages drängen, wie alljährlich in der Weihnachtszeit, auf die Heimreise, und dennoch wird die dritte Lesung der Justizgesetze fröhlichst am letzten Tage dieser Woche, wenn nicht gar erst am nächsten Montag, also unmittelbar vor dem Schluss der Session beginnen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Mittheilungen über die

